

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Bestellen jeden Sonntag nachmittag ...

1. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 8. August 1925 Nummer 99

Der Steuerraub im Reichstage beschlossen

Organisiert den Abwehrkampf in den Betrieben und Gewerkschaften! — Jetzt folgt die Durchbrechung der Bälle — Nur der außerparlamentarische Kampf gegen den Steuer- und Zollraub bringt Rettung

Annahme sämtlicher Steuergesetze im Reichstage
Berlin, 7. August. (Telunion.) Gegen 9.45 Uhr abends wird der Finanzausschuss mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Für die Sozialisten stimmen die Regierungsparteien geschlossen. Damit sind sämtliche Steuergesetze angenommen.

Berlin, 7. August. (Telunion.) Im Reichstage waren bei der dritten Lesung der Steuervorlage von den neuen Steuergesetzen bis um 7 Uhr abends fünf Gesetze angenommen, und zwar die Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Vermögens- und Erbschaftsteuer und das Reichsbewertungsgesetz. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse der zweiten Lesung bekräftigt. Bei der Einkommensteuer wurde der Steuerfreie Veräußerungsgewinn bei Gewerbebetrieben von 25 000 Mark auf 10 000 Mark herabgesetzt. Zugunsten der Heimarbeiterinnen wurde ein Antrag der Frau Dr. Bohm (deutschl.) angenommen, der es ermöglichen soll, bei geringem Lohn überhaupt den Steuerbeitrag der Heimarbeiterinnen zu erlassen. Ein Antrag, die Umsatzsteuer vom 1. Oktober ab auf 1 Prozent zu erniedrigen, wurde abgelehnt. Es bleibt also bei 1 1/2 Prozent. Annahmewurde eine Entschlieung, wonach die Regierung prüfen soll, ob nicht die Handelsvertreter und Agenten von der Umsatzsteuer befreit werden können.

Das Einkommensteuergesetz vom Reichstag angenommen

Berlin, 7. August. (Telunion.) Der Reichstag hat heute das Einkommensteuergesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Sozialisten angenommen.

Die Redezeit mit Hilfe der SPD. erneut verlor

Genosse Koenen zum Steuerraub:
Mit der Festlegung von 20 Minuten Redezeit für jedes Steuerrecht in der entscheidenden dritten Lesung begann die Freitagssitzung des Reichstages. 20 Minuten Redezeit wurden in der zweiten Beratung für einzelne Positionen der Steuergesetze von der Regierungsmehrheit bewilligt. Heute konnten sie mit Hilfe der Sozialdemokratie die Steueropposition mit 20 Minuten Redezeit für ein großes Gesetz abstellen. Das kennzeichnet am besten die parlamentarische und demokratische Opposition. Sie haben dabei mit den Parteien des Steuerraubs und Steuerbezugs und unterstützen ihre Durchbrechungspläne.
Gegen dieses System der Aufbürdung aller Lasten auf die werktätigen Massen kämpft allein die kommunistische Partei.

Hätte die Sozialdemokratie und mit ihr der ADGB einen wirklichen Kampf gegen den Steuerraub organisiert, wäre sie wirklich gewillt gewesen, einen rücksichtslosen Kampf gegen den Steuer- und Zollwucher zu führen, dann wäre die deutsche Bourgeoisie nicht in der Lage gewesen, heute vom Reichstag diesen Steuerraub anzunehmen zu lassen. Die Führer der Sozialdemokratie, die jeden Vorstoß der Kommunisten zur Organisierung des Kampfes ablehnten, sind mitschuldig an den unerhörten Steuerraub, haben mithingewirkt bei den Steuergesetzten an die Be-

stehenden. Darüber täuschen noch so radikale Reden nicht hinweg.

Die kapitalistischen Parteien sind zufrieden. Das brüht sich bei Beginn der Sitzung in dem Belsal aus, den der SPD-Führer Hermann Müller bei der Verteidigung ihrer Handtoemachung der Opposition stellten. Auch heute ergriffen diese kaum das Wort. Nur zu bestimmten Zeiten erschienen sie, um die Steuergesetze zu beschließen. Der Steuerraub an den werktätigen Massen ist endgültig beschlossen, es gilt jetzt, daß sich alle Arbeiter, ob kommunistisch, sozialdemokratisch oder parteilos, zusammenschließen, daß sie in Aktionsausschüssen von den Betrieben und Gewerkschaften gebildet, den Kampf gegen den Zollraub und gegen den bereits beschlossenen Steuerraub aufnehmen.

Der Reichsfinanzminister v. Schlieffen leitete die dritte Lesung mit kurzen Ausführungen ein. Er bezeichnete sein Steuerwerk als den Übergang zu einer normalen Steuerwirtschaft; es bringe für die Wirtschaft wesentliche Erleichterungen und sei von einer vorzüglichen Finanzpolitik getragen.

Dann sprach Genosse Koenen.

„Sanierung“ auf dem Buckel der Arbeiter

Genosse Koenen führte aus: Nachdem die Sozialdemokratische Partei die deutschen Ausbeuter in den Kämpfen der Jahre 1918/19 vor dem Sozialismus gerettet hat, nahm sie in den darauf folgenden Jahren den deutschen Kapitalisten die außerparlamentarischen Kapitalationen ab und stellte damit den Bestand des korrumpierten Deutschlands als eine kapitalistische Republik sicher. Jetzt ist es so weit, daß dieses kapitalistische Deutschland seine wirtschaftliche Stabilisierung versuchen kann. Der Minister erklärte, es handle sich bei dieser Steuerreform nicht um eine neue Belastung, sondern nur um einen Umbau.

Es mag zutreffen, daß eine Mehrbelastung des gesamten Volkseinkommens nicht vorliegt, aber Tatsache ist, daß dieser Umbau völlig auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten vor sich geht, daß eine Entlastung der Beherrschenden vorgenommen ist und daß diese durch eine verstärkte Belastung der beherrschten proletarischen Elemente und des Mittelstandes ausgeglichen wurde.

Wenn wir diese neuen Lasten, die die Werktätigen tragen sollen, im einzelnen betrachten, so werden wir uns nicht auf die einfache Kapitulationsmethode der Sozialdemokraten, die einige gemüthliche Unterabteilungen zwischen Arm und Reich ziehen, oder auf die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nicht eingehen. Wir bestritten ganz entschieden, daß in der jetzigen Situation von einer Not der Großagrarien, des Finanzkapitals, der Großbanken und der Spekulanten gesprochen werden kann. Die 800 Millionen, die den Großagrarien im vorigen Jahre durch die staatlichen Banken zufließen und die sie nur zur Hälfte zurückgezahlt haben, haben diese Kreise gelohnt gemacht. Seit dieser Zeit ist ein dauerndes Ansteigen der Preise für agrarische Produkte zu verzeichnen. Das ist immer der beste Beweis dafür, daß es dem Großgrundbesitz glänzend geht. Wir unterscheiden in der Landwirtschaft scharf Großgrundbesitz und die Kleinbauern. Für die letzteren fordern wir in verschiedenen Entwürfen Steuererleichterungen. Die führenden Banken schütten Dividenden von 10 Prozent und mehr aus. Die Kapitalnot, über die die Industriekapitalisten klagen, ist mit auf die unerhörte Verschlebung von Milliardenbeträgen ins Ausland in den letzten Jahren

zurückzuführen. Diesen Kreisen kommt die deutsche Regierung zu Hilfe, indem sie ihre Steuerpolitik auf Vermehrung des Vermögens abstellt.

Diese Erleichterung der Vermögensbildung bedeutet für das werktätige Volk in Stadt und Land weitere Verelendung, weitere Ausbeutung. Jede Aufwertung hat man abgelehnt und damit einen Millionenverdienst in die Hände der Kapitalisten geleitet. Die Sozialpolitik wird nicht gefördert, sondern abgebaut, der Lohnraub ist an der Tagesordnung, dabei helfen die staatlichen Stellen mit.

Da hilft kein Jammern und Wimmern, wie wir es von den SPD-Rednern hier hören, ohne die sozialen Fragen konkret zu stellen, da heißt es: den deutschen Arbeitern sollen zu sagen, daß es gilt, eine keine Oberfrist mit allen Mitteln zu bekämpfen, ihnen zu sagen, daß es nicht um kleine Reformen, sondern um große Massenempfindlichkeiten geht, zu denen in den Gewerkschaften die Massen zusammengebracht werden müssen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Vergleicht man das Steueraufkommen von 1913/14, das für Reich, Länder und Gemeinden einschließlich der Kirche 4,8 Milliarden Mark betrug, mit dem Steuerbedarf 1924/25, der für Reich, Länder und Gemeinden, ohne Kirche, über 10 Milliarden ausmacht, also das Doppelte, so erkennt man, daß eine solche Belastung unmöglich ist.

Die Polizei, der Spitzdienst zur Bekämpfung der Kommunisten und die Reichswehr kosten allein dem Reiche eine halbe Milliarde. Das ist das Doppelte des Militäretats aus der Vorkriegszeit bei einem Stand von 800 000 Soldaten.

Das Reich überweist den Einzelstaaten 1850 Millionen. Für dieses Jahr sogar 2,1 Milliarden; die Einzelstaaten unterhalten mehrere Tausend Abgeordnete, Hunderte von Ministern und einen riesigen überflüssigen Apparat. Dazu kommen die riesigen Ausgaben, die die Länder noch extra für Polizei und Spitzdienst ausgeben.

Für die sozialpolitischen Zwecke im Gut des Reichsarbeitsministeriums sind nur 318 Millionen vorgezogen.

ungefähr die Hälfte dessen, was die Reichswehr kostet. Für die sozialpolitischen Ausgaben hat das Reich kein Geld; sie werden abgebaut.

Im letzten Jahre war für den Reparationsplan ungefähr eine Milliarde zu zahlen; davon kamen rund 800 Millionen aus den ausländischen Anleihen, 200 Millionen aus den Gewinnen der Eisenbahn. Das wird vom September ab anders. Vom September an haben wir aus Steuern, aus den Einnahmen der Reichsbahn und der Industrieobligationen 1220 Millionen an die Entente zu zahlen. Da Erleichterungen durch weitere Auslandsanleihen nicht zu erwarten sind, so fragen wir die Regierung, ob sie diese einseitigen Milliarden, die uns von jetzt an der Dawesplan auferlegt, glaubt aus den Steuern, die sie uns jetzt aufhält, aufbringen zu können. Trotz der Mehrausgaben des Reiches, die 10 Milliarden übersteigen, sehen wir, daß die Regierung eine ganze Reihe von Steuererleichterungen und Ermäßigungen für die Beherrschenden bei ihren jetzigen Steuerplänen vorschlägt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die Steuergesetze an die Beherrschenden sind:

Die Kapitalertragsteuer ist endgültig gestrichen; im Einkommensteuergesetz ist die Steuerfreiheit für sogenannte Veräußerungsgewinne bis zu 25 000 Mark beschlossen worden. Wer also bei irgend einem Verkauf 25 000 Mark Ueberlaß gemacht hat, braucht diese nicht zu versteuern!

Gegen Zollwucher und Steuerraub

Spricht am Sonntag vormittag halb 10 Uhr in Dresden-Neustadt, „Reichstrone“, Bischofsweg der auf zwanzig Sitzungen vom Zollwucherpräsidenten **Genosse Höllein, Berlin** Graef ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete

Arbeiter, Angestellte, Beamte von Dresden und Umgebung, erscheint geschlossen in dieser Rundgebung, macht sie zu einem **Massenaufmarsch gegen die Bucherregierung und ihre Parteien!**

R. P. D. Groß-Dresden